



Beschlussvorlage Nr.:	174/2022	Datum:	13.10.2022
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge		
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1	Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales	
2	Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften	
3	Ausschuss für Umwelt, Verkehr, öff. Sicherheit u. Kleingartenwesen	Info
4	Ausschuss für Bauwesen	
5	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen	Info
6	X Hauptausschuss	18./25.10.2022
7	X Stadtvertretung	27.10.2022

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß			
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP: Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement

2. Sachverhalt und Problemdarstellung:

Am 22. April 2021 beschloss die Stadtvertretung einstimmig das durch den damaligen Klimaschutzmanager erarbeitete Klimaschutzkonzept für die Stadt Schwentidental. Es stellte sich anschließend jedoch heraus, dass der Projektträger (Jülich) die Ergebnisse des Konzeptes als nicht ausreichend für ein Anschlussvorhaben bewertete. Erst nach einer Aufarbeitung in vier benannten Punkten innerhalb der Frist eines halben Jahres hätte der Antrag auf ein etwaiges Anschlussvorhaben eine Chance auf Bewilligung gehabt. Die vier Punkte sind: Benennung von konkreten THG-Minderungszielen / Auflistung von konkreten Handlungsvorschlägen / Ergänzung weiterer Klimaschutz-Maßnahmen / Formulierung einer verbindlichen Verstetigungsstrategie. Im Sommer 2021 wurde beim Beratungsbüro IPP der Kostenvoranschlag für eine solche, den Kriterien von Jülich entsprechende Überarbeitung eingeholt, der sich auf netto 12.000€ belief. Insbesondere aufgrund der damaligen defizitären Haushaltslage gab es aus den Reihen der Stadtvertretung keinen Antrag dafür, eine solche Summe auszugeben, sodass ein Anschlussvorhaben nicht beantragt wurde.

Innerhalb der Städtischen Verwaltung gibt es derzeit weder einen Klimaschutzmanager noch eine andere Fachkraft, die sich konkret mit Klimaschutzmaßnahmen auseinandersetzt. Wie in der SM 134/2022 dargelegt, liegt jedoch eine Reihe von Aufgaben vor, die eine solche Fachkraft bearbeiten könnte. Diese Aufgaben werden derzeit aufgrund der nicht vorhandenen personellen Ressourcen nicht prioritär behandelt. Zudem häufen sich diverse Anträge aus den Fraktionen, die den Bereich Klimaschutz betreffen und zu denen der Bürgermeister stets den Hinweis auf mangelnde Kapazitäten in der Verwaltung geben muss.

Der Ausschuss UVöSK hat in seiner Sitzung am 4.10.22 den durch den Bürgermeister mündlich vorgetragenen, hier nun schriftlich dargelegten Vorschlag wohlwollend zur Kenntnis genommen. Es hat sich ein positives Meinungsbild dazu ergeben.

3. Lösungsvorschlag:

Der damalige Projektträger Jülich hat heute den Namen ZUG (Zukunft-Umwelt-Gesellschaft gGmbH). In gemeinsamer Vorgehensweise mit der I-Bank SH ist es der Stadt gelungen, durch eine Kulanz seitens der ZUG eine Wiederaufnahme mit Konzeptkorrektur bestätigt zu bekommen. Die Stadt erwartet derzeit die schriftliche Bescheinigung. Demnach könnte die Stadt ein durch IPP überarbeitetes Konzept als Grundlage für das Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement einreichen. Gefördert wird die Umsetzung von Maßnahmen aus einem integrierten Klimaschutzkonzept durch zusätzlich eingestellte Klimaschutzmanager/innen. Dieser Förderantrag nach Kommunalrichtlinie 4.1.8 b sieht eine Bezuschussung einer solchen Fachkraft über drei Jahre in Höhe von 40%, bei finanzschwachen Kommunen in Höhe von 60% vor. Die Kommunalaufsicht müsste der Stadt eine solche Finanzschwäche attestieren. Die Bereitschaft dazu wurde bereits telefonisch bestätigt.

Die Aufgaben einer solchen Fachkraft sind dort wie folgt beschrieben: Mithilfe eines*iner Klimaschutzmanager*in kann Ihre Kommune oder Organisation das Potenzial eines bereits bestehenden Klimaschutzkonzepts voll ausschöpfen und konkrete Maßnahmen umsetzen.

Eine solche Fachkraft soll somit keine neuen Konzepte entwickeln, sondern konkrete Maßnahmen realisieren.

Darüber hinaus kann eine solche Fachkraft weitere Elemente aus der Kommunalrichtlinie zu einem Fördersatz von 70 bzw. 90% beantragen. Dies wären z.B. energetische Sanierung der öffentlichen Beleuchtung / Förderung klimafreundlicher Mobilität / Verbesserung des Radverkehrs / Energiemanagement, d.h. energetische Betrachtung der städtischen Immobilien.

4. Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Für die Nachbesserung des bestehenden Klimaschutzkonzeptes ist eine einmalige Summe von netto 12.000€ erforderlich.

Nach Einstellung einer solchen Fachkraft in den Stellenplan wäre ein jährlicher Eigenbetrag von rund 25.000€ jeweils in den nächsten drei Jahren aufzubringen.

Darüber hinaus könnten weitere Kosten durch Abrufung verschiedener Module aus der Kommunalrichtlinie, die hoch bezuschusst werden, beantragt werden. Darüber würden die kommunalen Gremien jeweils einzeln entscheiden.

5. Beschlussempfehlung:

Das Büro IPP wird von der Verwaltung beauftragt, das Klimaschutzkonzept der Stadt Schwentinental zeitnah entsprechend des vorliegenden Kostenvoranschlages zu bearbeiten.

Das überarbeitete Konzept wird beim Projektträger ZUG gGmbH (ehemals Jülich) eingereicht.

Das Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement aus der Kommunalrichtlinie 4.1.8 b wird bei der ZUG gGmbH beantragt.

Im Stellenplan ist für die kommenden drei Jahre eine solche Stelle aufzunehmen, und die entsprechenden Haushaltsmittel sind zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung					
Dafür	Dagegen	Enthaltungen	Kenntnisnahme	Vertagung	Keine Abstimmung

